

Creditplus Bank offen für Partnerschaften

Deutscher Konsumentenfinanzierer des Crédit Agricole verdoppelt 2005 Gewinn

Börsen-Zeitung, 1.4.2006
ste Frankfurt – Die Creditplus Bank, deutscher Konsumentenfinanzierer der französischen Großbank Crédit Agricole, hat 2005 den Jahresüberschuss von 7,5 Mill. auf 15,5 Mill. Euro mehr als verdoppelt. Das in Stuttgart ansässige Institut schätzt die Wachstumschancen 2006 deutlich verhalten ein und erwartet allenfalls eine Gewinnsteigerung auf gut 16 Mill. Euro. Vorstandssprecher Jan Wagner erklärte, auch externe Expansion sei ein Thema.

Sollte der Crédit Agricole sich im deutschen Privatkundengeschäft einkaufen, wäre das auch für die Creditplus Bank sehr positiv, sagte Wagner. Die französische Großbank hatte Ende 2005 angekündigt, bis 2008 rund 5 Mrd. Euro für Akquisi-

tionen im Ausland auszugeben. Sollten Zukäufe in Deutschland nicht möglich sein, kommen aus Sicht des Konsumentenfinanzierers auch strategische Partnerschaften mit Universalbanken in Betracht, wie sie Ende 2004 die Dresdner Bank mit dem französischen Kleinkreditspezialisten Cetelem vereinbarte. Cetelem gehört der BNP Paribas, Konkurrentin des Crédit Agricole. Die Dresdner hat bereits durchblicken lassen, die Kooperation mit Cetelem funktioniert zur vollsten Zufriedenheit. **Unmittelbar ist die Creditplus Bank eine Tochtergesellschaft der Konsumentenfinanzierungsgruppe Sofinco und über diese Mitglied des Crédit-Agricole-Konzerns. Sofinco ist in mehr als einem Dutzend europäischer Länder präsent, Expansionsmöglichkeiten sieht der Creditplus-Bank-Vorstand am ehesten in den Ländern Zen-**

tral- und Osteuropas. Die Creditplus Bank, deren Bilanzsumme im vergangenen Jahr um 17% auf gut 1,2 Mrd. Euro zulegte, steht bei den Sofinco-Auslandsgesellschaften hinter der italienischen Einheit an zweiter Stelle. Im deutschen Ratenkreditmarkt gehört die Creditplus Bank jedoch nicht zur Spitze. Zum Vergleich: Die Mönchengladbacher CC-Bank bringt es als wichtigste Auslandseinheit der Konsumentenfinanzierungs-sparte von Spaniens größtem Bankkonzern Santander auf eine Bilanzsumme von mehr als 13 Mrd. Euro. Bei der Creditplus trugen alle Geschäftsbereiche zum Neugeschäftswachstum um knapp 18% auf 723 Mill. Euro bei – Filialkredite mit 29%, Internet- und Partnerbank-Geschäft mit rund 21% und die wichtigste Sparte Absatzfinanzierung mit etwa 13%. Das Institut steigerte die Eigen-

kapitalrendite nach Steuern auf 20,9 (i.V. 17,1)%, die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich auf 54 (63)%. Auffällig ist in Anbetracht des gewachsenen Neugeschäfts ein im Vergleich zum Vorjahr auf 13,7 (14,2) Mill. Euro gesunkener Aufwand für die Risikoversorge. Der Vorstand verwies unter anderem auf „Portfolioeffekte“, etwa durch unterproportional risikobehaftetes Geschäft bei der ausgebauten Fahrzeugfinanzierung, dem wichtigsten Teil der Absatzfinanzierung. 2006 sei eine „Normalisierung“ bei der Risikoversorge zu erwarten. Das Institut, das Ende 2005 rund 350 Mitarbeiter beschäftigte und inzwischen 14 Filialen unterhält, rechnet in diesem Jahr mit einem deutlich schwächeren Gewinnwachstum. Der Vorstand verwies hier auch auf die steigende Zahl der Insolvenzen bei Privathaushalten.

Plötzlicher Rücktritt bei Monte dei Paschi

Nettogewinn steigt 2005 um 42 Prozent

Börsen-Zeitung, 1.4.2006
tkb Mailand – Pier Luigi Fabrizio, Präsident des ältesten italienischen Bankhauses Monte dei Paschi die Siena (MPS), hat anlässlich der Vorlage des Jahresabschlusses 2005 seinen Rücktritt bekannt gegeben. „Ich bin kein Politiker, sondern ein Wirtschaftler“, begründete er seinen überraschenden Rückzug. Seiner Ansicht nach hat MPS eine günstige Gelegenheit versäumt, um mit der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) zu fusionieren. Angeblich wurden entsprechende Absichten politisch verhindert.

49% des Bankkapitals werden von der Stiftung MPS kontrolliert. Nun ist MPS selbst zum Objekt der Begierde geworden; sowohl die Turiner Großbank Sanpaolo Imi wie auch der genossenschaftlich organi-

sierte Versicherer Unipol sind an ihr interessiert. Im abgelaufenen Jahr hat MPS den konsolidierten Nettogewinn um 42% auf 790 Mill. Euro gesteigert. Der Gewinnssprung ermöglichte eine um 51,4% auf 13 Cent erhöhte Dividende. Das operative Ergebnis betrug 1 Mrd. Euro. Dabei hat sich der Zinsüberschuss um 7%, der Provisionsüberschuss um 8% erhöht. Die Aufwand-Ertrags-Quote verbesserte sich um einen Prozentpunkt auf 64,8%. Im Vergleich mit anderen italienischen Großbanken ist diese Kennzahl bei der auf das Retailgeschäft konzentrierten MPS noch relativ hoch. Die Eigenkapitalrendite nähert sich mit 12,9% dem für 2006 angepeilten Ziel von 14%.

GASTBEITRAG

Börsenfusion als Chance für Frankfurt

Struktur der Eurex als Modell für den Zusammenschluss von Deutscher Börse und Euronext

Von Ekkehard Kurth *)

Börsen-Zeitung, 1.4.2006
Die Zeit scheint reif zu sein für die Verwirklichung von Kooperationsplänen der Deutschen Börse mit westeuropäischen Börsen, die bisher durch die Ausrichtung früherer Verantwortlicher auf die LSE verhindert wurden. Paris und Frankfurt nähern sich wieder einmal vorsichtig an, wie es Igel tun. Die Politik in Frankreich und Deutschland hat ihr grundsätzliches Einverständnis mit Kooperationsgesprächen erklärt. In der Folge, und das zeigt den Einfluss der Politik in Frankreich, hat sich auch der französisch dominierte paneuropäische Börsenbetreiber Euronext zu Verhandlungen bereit erklärt. Der Aufsichtsrat der Deutschen Börse hat dem Vorstand für konkrete Verhandlungen den Rücken gestärkt. Dies ist ein guter Zwischenstand, aber jetzt beginnt die Arbeit, sprich der „Infight“ beider Verhandlungspartner.

Die Zielsetzungen beider Partner sind klar und inzwischen mehrfach geäußert. Sie widersprechen sich zwar noch in einigen Kernpunkten. Trotzdem ist mit der grundsätzlichen Kooperations- bzw. Fusionsbereitschaft ein großer Schritt getan, der nicht scheitern sollte, da er einer logischen Linie in der europäischen Entwicklung nationalrechtlich angebundener Unternehmen folgt. Unter diesem Blickwinkel wundert es nicht, dass die britische und die US-Aufsichtsbehörde, die FSA und die SEC, sich blitzschnell über eine Unterstützung der Fusion der LSE und eines amerikanischen Mitbewerbers geeinigt haben. Erinnerung man sich daran, in welcher Weise kontinental-europäische Übernahmebemühungen begleitet wurden, ist das nur auf den ersten Blick verwunderlich.

Druck des Marktes

Hinter der jetzt konkretisierten Nachricht der Fusionsbemühungen steckt nicht mehr die übliche Suche der Medien nach neuen Meldungen, sondern der Druck des Marktes. Investoren und Investmentbanken zielen allein auf Kosteneinsparung. Sie wollen die Entwicklung der Märkte in ihrem Sinne beeinflussen. Dabei sind Interessen von Standorten aus der Sicht der Investoren völlig nachrangig. Ob Amsterdam, Paris, Luxemburg oder Frankfurt am Main der statuarische Sitz ist, spielt bei globalisierten Anteilseignern überhaupt keine Rolle.

Darüber müssen sich Bundes- und Regionalpolitiker Gedanken machen. Sie müssen sich auch Gedanken machen über Strategien zur Sicherung ihrer Interessen. Unvergessen ist die merkwürdige Handlungsschwäche der Politik beim Verschwinden der Hoechst AG aus Frankfurt. Die Folgen der Verödung einer Region kann man heute in dem Frankfurter Ortsteil „bewundern“. Später wiederholte sich dies bei Aventis. Bei Aventis rührte sich in Berlin nach den Umarmungen deutscher und französischer Politiker keine Hand. Hinterher, d. h. nach der Usurpation des deutsch-französischen Unternehmens aus Straßburg, war man in Berlin sehr betroffen. Aber jetzt sind alle Beteiligten schlauer, ist zu hoffen. Aber sind sie

es wirklich? Umarmungen finden immer noch statt. Der hessische Ministerpräsident hat kürzlich für Strategien zur Sicherung des Standorts Rhein-Main plädiert, auch unter Bezug auf die Deutsche Börse. Merkwürdigerweise hat er sofort Widerspruch hervorgerufen. Es war sogar von „Deutschtümelei“ die Rede. Versteht man das? Jedenfalls sind Handlungsschwäche einerseits und eine vorgeschobene falsche Liberalität andererseits aus der Sicht der Sicherung regionaler Standortinteressen verheerend. Sie vernachlässigen die Interessen des Finanzplatzes Frankfurt.

Kern der Integration

Die EG-Kommission wirkt zwar mit vollem Recht gegen Tendenzen von Abschottung und nationalem Egoismus, denn die Vorhaben einer national orientierten Abschottungs- bzw. grenzüberschreitenden Eroberungspolitik gehen an den Kern der Integrationspolitik der EU. Diese Tendenzen sind voraussichtlich nur als notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg zu mehr Integration zu werten. In diesem Durchgangsstadium werden aber die Positionen und Ressourcen für die Zukunft verteilt. Gegenseitige Interessen sind zu achten und abzugleichen. Dafür sind auch auf unserer Seite die rechtlichen Instrumente zu schärfen und gegebenenfalls einzusetzen.

Dabei gilt es auch, die rechtlichen Instrumente des Börsenrechts zu prüfen. Die hessische Landesregierung hat in einer Erklärung des Wirtschaftsministers vom 15. März 2006 ihre Haltung und die Bedingungen klargestellt. Die Bedingungen entsprechen den seit Jahren geäußerten Positionen, dies gilt insbesondere für die Forderung, dass die Börsenträgergesellschaften Deutsche Börse AG und Eurex Frankfurt AG wegen ihrer Funktion als öffentlich-rechtlich Beliehene weiterhin ihren Sitz am Finanzplatz Frankfurt haben müssen. Das ist die rechtliche Position, die sich aus der organisationsrechtlichen Konstruktion ergibt.

Dabei kann die Position aber nicht stehen bleiben. Die Bundesregierung und auch die hessische Landesregierung werden sich auf eine neue Situation einstellen müssen. Die sich abzeichnende Fusion der Deutschen Börse mit Euronext könnte im Ergebnis von einer Verlagerung des Standorts der Deutschen Börse mit Verlust der Aufsicht und in der Folge einer neuen Situation der in Deutschland verbleibenden Regionalbörsen bis zu einer in Deutschland platzierten kontinentaleuropäischen Superbörse reichen. Eine derartige Lage muss die Bundes- und die Landespolitik zu besonderer Kreativität herausfordern und eventuell auch zur Überarbeitung des deutschen Börsenwesens führen.

Einfluss der Aufsicht

Wie ist unter dem jetzt sich zeigenden Sachverhalt die rechtliche Ausgangslage zu beurteilen? Der Deutschen Börse AG und der Eurex Frankfurt AG wurde jeweils die Befugnis zum Betreiben der FWB und der Eurex erteilt. Sie sind Trägerinnen der öffentlich-rechtlich organisier-

ten Börsen. Jede Veränderung dieser Funktion durch Fusionen, Auslagerung von Funktionen, Sitzverlagerung etc. ist jedenfalls der Börsenaufsicht gemäß §1 BörsG unverzüglich anzuzeigen. Dasselbe gilt beim Erwerb von Beteiligungen durch Dritte gemäß §3 BörsG. Diese Vorschriften wurden durch das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz in das Börsengesetz eingefügt. Danach hat derjenige, der „eine bedeutende Beteiligung“ im Sinne des §1 Absatz 9 des Kreditwesengesetzes an dem Träger der Börse zu erwerben beabsichtigt, die Börsenaufsicht zu informieren. Entscheidend also ist, dass die Information der Aufsicht durch alle diese Vorschriften gesichert ist und sie ihren Einfluss geltend machen kann.

Nach den Erfahrungen des Jahres 2000 mit dem ersten Vorstoß der Deutschen Börsen in Richtung auf die Londoner Börse war es erklärter Gesetzeszweck, den Einfluss insbesondere der Börsenaufsicht auf die unternehmerische Gestaltungsmöglichkeit von Trägergesellschaften zu vergrößern. Das Ziel des Ende 2001 auf den Weg gebrachten Gesetzentwurfs der Bundesregierung war es, der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dass „ein leistungsfähiges Finanzsystem (ein) unverzichtbares Element einer modernen Volkswirtschaft“ darstellt.

Dieser zu Beginn der Begründung des Gesetzentwurfs des Vierten Finanzmarktförderungsgesetzes niedergelegte Grundsatz ist auch heute noch selbstverständlich. Deshalb hatte der Gesetzentwurf als weiteres Ziel die Stärkung des Finanzplatzes Deutschland und seine Wettbewerbsfähigkeit in Europa und der Welt. Und zu diesen Zielen gehört eine funktionsfähige Börse. Deshalb, so die Begründung des Gesetzentwurfs, war es ein Ziel, „die Funktionsfähigkeit der Börse insbesondere im Hinblick auf die Durchführung und angemessene Fortentwicklung des Börsenbetriebs zu sichern“. Diese Zielsetzung gilt auch heute, und sie unterliegt nicht der Definitionshoheit der Anteilseigner. Es ist inzwischen allgemein akzeptiert, dass die Börse in ihrer Konstruktion und funktionalen Aufgabe bezüglich des Finanzplatzes und des Finanzsystems eben kein „normales“ Unternehmen ist. Sie untersteht nur mittelbar der Herrschaft des Kapitals und der Gewinnerzielung; in der Hauptsache dient sie ihren Nutzern. Die Kunden der Börse sollten bei Fragen der Gewinnverwendung der Trägergesellschaft nicht übersehen werden.

Organisationshoheit

Diese öffentlich-rechtlich organisierte Börse trägt die Hauptlast als faktischer und rechtlicher Marktveranstalter. Sie verfügt über die rechtliche Organisationshoheit; sie war und ist ein zentrales Asset der Deutschen Börse, quasi die Keimzelle ihrer inzwischen großen wirtschaftlichen Bedeutung und Stellung am deutschen und internationalen Finanzmarkt.

Aber in dieser Zielsetzung liegt auch der mögliche Konflikt zwischen dem privatrechtlichen Anteilseignern und den im öffentlich-rechtlichen Bereich angesiedelten und dort auch geschützten Nutzern. Von Bedeutung wäre also auch in einer neuen

Konstellation die Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Struktur und der zuständigen Organe der öffentlich-rechtlichen Börse. Diese Organisation muss ihrer Aufgabe gerecht werden und die Positionen gegenüber der Trägerin wahren. Im Börsenrat der öffentlich-rechtlichen Börse werden die Nutzer der Handelsplattformen vertreten. Das bedeutet, dass sich der Nutzen für die Nutzer und das Gewinnstreben der Anteilseigner nicht immer decken werden. Hier ist aktives Management der Interessen der Nutzer erforderlich, auch eventuell gegen die Kapitalinteressen der Anteilseigner. Dies gilt vor allem dann, wenn es sich um eine multinationale Trägerin handeln sollte.

Die in den letzten Jahren geführte schwierige Diskussion zwischen den Anteilseignern der Trägergesellschaft Deutschen Börse und Mitgliedern der Organe auch der öffentlich-rechtlichen Börse hatte am Ende auch eine gute Seite: Es wurden Positionen der Struktur des Gesamtunternehmens, aber auch die tatsächliche Vertretung in den Organen geklärt. Die neue Besetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats brachte zwar völlig neue Perspektiven, ohne dass aber das Verhältnis der Trägergesellschaft zu ihren öffentlich-rechtlich organisierten Kernaufgaben, den Handel an der Börse sachgerecht zu sichern, tangiert wurde. In der jetzt diskutierten neuen Konstellation einer kontinentaleuropäischen Börse steckt die große Chance, sich an die Spitze neuer Entwicklungen zu setzen. Diese Chance muss ergriffen werden.

Bekennnis zum Standort

Bedingungen sind aber ein klares Bekenntnis zum Standort und die Entwicklung neuer Strukturen. Es ist festzuhalten, dass jedenfalls folgenden Positionen zu wählen sind:

- Sicherung und Fortentwicklung der Trägerunternehmen als Trägerin der Frankfurter Wertpapierbörse und der Eurex und
- Sicherung des Standorts.

Die Frage nach einer Lösung stellt sich. Die binational organisierte Eurex verbindet seit Jahren die privat-rechtlich organisierte Schweizer Börse mit der auf zwei Rechtsebenen agierenden Frankfurter Börse. Damals wurde mit einem hohen Maß an rechtlicher Kreativität ein bis heute funktionierendes, sehr erfolgreiches Modell geschaffen. Was hindert die Verhandlungsführer, dieses Beispiel, natürlich in angepasster Form, zu einem multinationalen Kooperationsmodell zwischen Euronext und Deutscher Börse zu entwickeln? Für die Streitpunkte Clearing und elektronische Handelsplattform könnten auf dieser Basis Lösungen gefunden werden. Zugegeben, dieses Vorhaben ist weit komplexer als die Eurex, aber das Ziel der Schaffung einer kontinentaleuropäischen Börse wäre ein solches Wagnis wert. Das Modell der Eurex hätte den Charme, dass verschiedene Rechtssysteme miteinander verknüpft werde könnten.

*) Der Autor ist Rechtsanwalt und Ministerialdirigent a.D. und hat von 1991 bis 2003 die hessische Börsenleitung geleitet.

LfA Förderbank gibt weniger Mittel aus

Kreditvolumen um mehr als 400 Mill. Euro rückläufig

Börsen-Zeitung, 1.4.2006
bg München – Die LfA Förderbank Bayern hat der mittelständischen Wirtschaft im Jahr 2005 weniger Darlehen zugesagt. Das Kreditvolumen betrug 1,4 Mrd. nach 1,8 Mrd. Euro im Jahr zuvor. Der Vorstandsvorsitzende Rudolf Schmitt führte dies in der Bilanzpressekonferenz vor allem auf deutlich geringere Zusagen bei den Konsortialdarlehen zurück. Das Geschäft mit klassischen Förderkrediten sei schleppend angelaufen und habe erst im Schlussquartal angezogen.

Mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr zeigte sich Schmitt zuversichtlich, dass das Volumen des Darlehensneugeschäfts im Programmkreditgeschäft sowie dem Konsortialgeschäft „deutlich“ über dem des Berichtsjahres liegen werde. Der hohe Antragseingang zum Jahresbeginn stimme ihn zuversichtlich. Die Ertragslage solle stabil gestaltet werden. Für 2005 weist das Institut einen Überschuss von 51,2 Mill. Euro aus. Die Bilanzsumme verkürzte sich geringfügig auf 14,3 Mrd. Euro, was Schmitt mit vorzeitigen Kredittilgungen erklärte. Förderbanken lassen bei zinsgünstigen Krediten außerplanmäßige Tilgungen ohne Vorfälligkeitsentschädigung zu.

Das Kreditvolumen schrumpfte um 294 Mill. auf 7,2 Mrd. Euro. Aus den außerplanmäßigen Tilgungen

standen reichlich Mittel zur Verfügung. Am Kapitalmarkt wurden zusätzlich Mittel in Höhe von 875 Mill. Euro bezogen. Im Vorjahr waren es 730 Mill. Euro (vgl. BZ vom 9.4.2005). Die Konsortialdarlehen waren um 242 Mill. auf 179 Mill. Euro rückläufig. Schmitt wies darauf hin, dass dieser Geschäftsbereich starken Schwankungen unterliege, da die Initiative immer bei den Geschäftsbanken liege und die LfA sich immer nur auf Einladung beteilige.

Die von der LfA ausgereichten 5800 Darlehen lösten laut Wirtschaftsminister Huber – er folgte im November als Vorsitzender des Verwaltungsrats auf Otto Wiesheu – ein Investitionsvolumen von fast 2,7 Mrd. Euro aus. Über 4 100 neue Arbeitsplätze seien so geschaffen und weitere 66 000 gesichert worden. Huber teilte mit, dass Bayern in der Periode von 2007 bis 2013 mehr EU-Mittel erhalten werde, da man eine Sonderzuweisung von 75 Mill. Euro für die Grenzregion zu Tschechien ausgehandelt habe.

Mehr Gründer finanziert

Während die Darlehenszusagen in den meisten Geschäftsfeldern unter den Vorjahreswerten blieben, erreichte die LfA Förderbank im Geschäftsfeld Gründung mit 207 Mill. Euro den höchsten Zusagewert seit zehn Jahren. Fast jede zweite der 1 450 Kreditaufnahmen für Gründungen deckte die LfA durch eine Risikoübernahme von 70% ab.

Im Beteiligungsgeschäft ist die LfA mit drei Gesellschaften vertreten, wobei die Neuentagungen von 44 Mill. Euro im vergangenen Jahr zu 90% die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft betreffen. So ist die LfA über ihren Anteil von 10,2% bei der Teleop am Betreiberkonsortium des europäischen Satellitenprojekts Galileo beteiligt. In Oberpfaffenhofen (Raum Berchtesgaden) entsteht eines der beiden Hauptkontrollzentren von Galileo, wovon sich Huber eine Signalwirkung für den Arbeitsmarkt der Region verspricht.

► Personen Seite 7

LfA Förderbank Bayern

Konzernzahlen nach HGB		
in Mill. Euro	2005	2004
Zinsüberschuss	151	167
Betriebserg. v. Risikovers.	122	139
Risikoversorge	71	87
Jahresüberschuss	51	52
Eigenkapital	866	855
Verbindlichkeiten	12280	12784
Anlagevolumen	6754	6959
Kreditvolumen	7187	7481
Bilanzsumme	14308	14832

Börsen-Zeitung

Coface steigert Volumen

Ergebniseinbruch – Walter Bau schlägt noch zu Buche

Börsen-Zeitung, 1.4.2006
cra Frankfurt – Der Kreditversicherer Coface Deutschland will in diesem Jahr um 7 bis 8% wachsen, nachdem er im vergangenen Jahr den Umsatz um 3,7% gesteigert hat. Das sagte der Vorstandsvorsitzende der Coface Deutschland Benoît Claire in der Bilanzpressekonferenz. Ziel sei es, die gleiche Qualität im Neugeschäft zu erreichen wie 2005. Allerdings wird der Jahresüberschuss im Geschäftsbericht mit 1,6 Mill. Euro angegeben. Im Jahr zuvor waren es noch 12,4 Mill. gewesen.

Durch die Pleite des Bauunternehmens Walter Bau wurde auch die deutsche Tochter des französischen Kreditversicherers getroffen. Mit Bürgschaften von fast 100 Mill. Euro sei Coface Deutschland bei Walter Bau engagiert. Da die Bürgschaften

eine Laufzeit von zwei bis drei Jahren hätten, dürfte der Schaden erst im nächsten und übernächsten Jahr eintreten.

Höhere Belastungen seien auch in der Automobilbranche zu erwarten, denn von der Krise bei den großen amerikanischen Autobauern seien auch deutsche Zulieferer betroffen, mit denen Coface Geschäft macht.

Schadensfall Agfa

Im vergangenen Jahr kam das Unternehmen auf einen Umsatz von 310 Mill. Euro, das ist gut ein Viertel des Geschäfts der gesamten Gruppe. Als großen Schadensfall des vergangenen Jahres nannte Benoît die Insolvenz des Unternehmens Agfa. In welchem Umfang Coface Deutschland dort engagiert war, sagte er nicht.